

Scheinväter: 5 Mio Euro Schaden



Falko Liecke
Stadtrat für Bürgerdienste und
Gesundheit in Neukölln

Senat schläft seit 2008

Seit fast zwei Jahren weisen die Bezirke den Senat auf das Problem der sog. Scheinvaterschaften hin. Die Berliner Bezirksstadträte drängen mit konstruktiven Vorschlägen auf eine Lösung, aber der Senat duckt sich weg und ignoriert einfach, was die Praktiker in den Bezirken zu sagen haben. Dabei geht es um sehr viel Geld, das bekanntlich an allen Ecken fehlt. Ich habe einmal hochgerechnet. Seit der ersten

dringlichen Intervention beim Senator für Inneres Mitte 2008 dürfte ein Schaden von rund 5 Mio. Euro entstanden sein, niedrig gerechnet, und Monat für Monat wird es mehr.

Scheinvaterschaft gegen Aufenthaltsgenehmigung

Die Sache mit der Scheinvaterschaft funktioniert ganz einfach. Zum Beispiel Herr P. aus Indien: Er hält sich ohne Genehmigung in Deutschland auf, versteckt seinen Pass vor der Ausländerbehörde, kann nicht abgeschoben werden. Plötzlich, noch vor der Geburt, erkennt er das Kind einer Deutschen an, legt seinen Pass beim Neuköllner Standesamt vor und hat damit plötzlich Anspruch auf Aufenthaltsgenehmigung und Sozialleistungen. Es ist nur merkwürdig, dass die Mutter in einer anderen Stadt lebt als der angebliche Vater.

Mitte 2008 gab es in Berlin rund 240 Fälle, monatlich kommen in Neukölln 4 bis 5 Fälle dazu, d.h. in ganz Berlin, sehr vorsichtig hochgerechnet rund 40 Fälle pro Monat. Wenn nur die Hälfte dieser Leute unrecht-

mäßig Arbeitslosengeld II oder Hilfe zum Lebensunterhalt von niedrig geschätzten 800 Euro pro Monat bezieht, kumuliert sich das in den vergangenen 20 Monaten, abgerundet, auf rund 5 Mio. Euro!

Senat lässt Bezirke im Stich

Der Senat lässt die Standesämter in den Bezirken mit diesem Problem allein. Dabei brauchen wir eine zentrale Stelle, wie in anderen Bundesländern üblich, die mit qualifiziertem Personal und weitreichendem Datenzugriff regelrechte Ermittlungen anstellen kann, z. B. bei der Ausländerbehörde.

Die zentrale Zuständigkeit ist das, was Berlin leisten muss, um die Scheinvaterschaftsgaunerei so weit wie möglich in den Griff zu bekommen. Gefordert ist v.a. aber auch der Gesetzgeber. Den Ermittlungsbehörden müssen Gesetze an die Hand gegeben werden, die Missbrauch verhindern und nicht geradezu provozieren. ■

Unterrichtsausfall – SPD spart Schulen kaputt



© Dieter Schütz / PIXELIO

Grundschulen: Neukölln abgeschlagen

Auch wenn Neukölln besser da steht als andere Bezirke, sind auch hier die Grundschulen unterausgestattet.

Anstatt die Schulen zu Beginn eines Schuljahres und des Halbjahres mit 100 Prozent auszustatten, wird der Personalmangel jedes Jahr in Kauf genommen.

Personalmangel

Auf die jeweiligen Defizite wird nur sehr schleppend reagiert, indem Personal hin und her geschoben wird. „Zöllner redet die Zustände schön und die Schulen resignieren mittlerweile. Das ist Planwirtschaft im Bildungsbereich dank SPD und Linke“, sagte Steuer abschließend. ■

Schulreform ohne Unterricht
Steuer weiter: „Da nützt die ganze Schulreform nichts, wenn am Ende der Unterricht nicht stattfindet. Dazu passt es, dass Senator Zöllner die Prozente zum Bestehen von Abschlüssen auf 45% gesenkt hat. Weniger Unterricht, aber bessere Abschlüsse, so macht das die SPD!“ Steuer kritisiert vor allem, dass noch immer Lehrer fehlen.

An den Berliner Schulen mussten im vergangenen Schuljahr so viele Unterrichtsstunden vertreten werden wie seit fünf Jahren nicht mehr - insgesamt waren es über 40.000 Schulstunden, 10,6 Prozent aller Unterrichtsstunden standen zur Vertretung an, das entspricht 500.000 Stunden. „Ein Wahnsinn ist das“, sagt Sascha Steuer, Bildungsexperte der CDU und Rudower Abgeordneter.

56. Britzer Baumbüte

Die Britzer Tradition geht ins 56. Jahr!

Vom 31. März bis zum 18. April findet das traditionsreiche Baumbütenfest an der Parchimer Alle, gleich hinter dem Gutshof Britz, wieder statt.

Freier Eintritt

Der Eintritt zur Britzer Baumbüte ist an allen Tagen frei; auf die Kinder warten u.a. ein Ostereiermalwettbewerb und für die Erwachsenen das Riesenfestzelt. Öffnungszeiten von 14:00-22:00 Uhr, Sonntags und Osterfeiertage ab 12:00 Uhr.

An drei Tagen wird es ein Riesenseifenblasenfest zu bestaunen geben:
(Mittwoch) 31.03.
(Freitag) 09.04.
(Freitag) 16.04.

Weitere Informationen zu Gutscheinen und Angeboten auf:

www.britzer-baumbuete.de ■

07.04.2010
Marion Kroll, Mda
Bürgersprechstunde 16:00 Uhr
CDU-Bürgerbüro in den GROPIUSPASSAGEN
Johannisthaler Chaussee 300
Tel: 740 751 65

20.04.2010
Robbin Juhnke, Mda
Bürgersprechstunde 19:00 Uhr
Restaurant „Lindengarten“
Alt-Buckow 15a
Tel: 687 22 99

Bürgersprechstunden:
Bürgerbüro Donaustraße 100
U-Bhf Rathaus Neukölln (U7)
Tel.: 687 22 99

Impressum:
V.i.S.d.P.
Michael Freiberg
CDU Bürgerbüro
Donaustraße 100
12043 Berlin - Neukölln
Tel.: 687 22 99 www.cdu-neukoelln.de

Redaktion und Gestaltung:
Kai Aderhold /
Kreisvorstand der CDU Neukölln

Fotos: Aderhold; Wengert, Schütz (pixelio)

Neuköllner Rundschau kompakt

für Britz, Buckow, Gropiusstadt, Rudow und Nord-Neukölln



BVV ächtet Gewalt von Links- und Rechtsextremen Grüne und Linke tragen Entschließung nicht mit: Zählgemeinschaft aufgelöst



Christopher Kroll
stellv. Fraktionsvorsitzender der
CDU in der BVV Neukölln

Ein demokratischer Prozess hat sich durchgesetzt:

Die Neuköllner Grünen waren nicht willens, jede Form extremistischer Gewalt zu ächten, egal ob von Links oder Rechts. Die seit langem kriselnde Zählgemeinschaft aus SPD, Grünen und der Linkspartei in Neukölln ist nunmehr auch offiziell aufgelöst.

BVV: Entschließung gegen Links- und Rechtsextreme

Alle Fraktionen der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung wollten eine Entschließung gegen politisch motivierte Gewalt von Links- und Rechtsextremen verabschieden. Alle Fraktionen? Nein. Die Fraktion der Grünen war sich nicht zu schade diesen Konsens zu verlassen. Mit einem Änderungsantrag unterstützt von der LINKEN stimmten die Grünen gegen den ursprünglichen Antrag - eingebracht vom Ältestenrat der BVV und von allen Fraktionen miterarbeitet. Darin heißt es u.a.: „Einschü-

terungsversuche gegen Personen sowohl von rechts- als auch von linksextremer Seite treffen auf unsere einhellige Ablehnung und Gegenwehr.“

Zählgemeinschaft aus SPD, Grüne und Linkspartei aufgelöst

„Die CDU-Fraktion begrüßt die ursprüngliche Entschließung der BVV, macht sie doch klar, dass die demokratischen Parteien sich in einem Punkt einig sind: im Kampf gegen die Extremisten von Links und Rechts“, so der CDU-Fraktionsvize Christopher Kroll. „Leider will sich die Grünen-Fraktion mit ihrem Änderungsantrag und ihre Unterstützer in der Linksfraktion außerhalb dieses gemeinsamen Feldes stellen.“ Kurz darauf zerbrach die Zählgemeinschaft im Bezirk.

Anschläge auf Quartiersmanagement- und Parteibüros

Die aktuellen Vorfälle in Neukölln, wie die Überfälle auf das Büro des Quartiersmanagements in der Schillerpromenade oder die Anschläge auf Büroräume von Parteien, zeigen in trauriger Deutlichkeit, dass von beiden Gruppen mit Gewalt gegen Personen und Eigentum versucht wird, politisches und gesellschaftliches Engagement zu stören und zu unterdrücken.

Damit treffen diese Leute die Demokratie an ihrer empfindlichsten Stelle. Denn ohne das Engagement der Menschen im politischen und gesellschaftlichen Bereich für unseren Bezirk, unsere Stadt und unser

Land kann Demokratie nicht funktionieren.

Gegen Extremismus

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Not und hoher Arbeitslosigkeit wittern Extremisten von Links und Rechts ihre Chancen. Sie verunsichern die Menschen und gehen mit einfachen Parolen und einfachen Antworten auf Bauernfängerei. Doch leider gibt es in der Demokratie weder einfache Fragen, noch einfache Antworten. Der demokratische Prozess ist von Diskussionen und Kompromissen geprägt. Das muss den Bürgern vermittelt werden.

In ihrer Radikalität stehen sich Links- und Rechtsextremisten in Nichts nach. Die Einen rufen Ausländer raus – die Anderen rufen Schwaben raus. Die Einen verüben Brandanschläge, bspw. im Blumenviertel, die Anderen fackeln zu hunderten Pkw in der Stadt mit Grillanzündern und Feuerzeug nieder und benutzen u.a. Propangasflaschen als Sprengsätze - nicht nur auf Wohnhäuser.

Deshalb ist ein Aufbegehren und eine wehrhafte Demokratie gegen Links- und Rechtsextremisten von Nöten. Nur eines darf uns Demokraten dabei nicht abhandeln kommen, so der Bezirksverordnete Christopher Kroll: „Wir müssen die Extremisten bekämpfen, ohne mit Extremisten dabei zu paktieren. Der Rechtsextremismus ist nicht mit dem Linksextremismus aus diesem Lande zu vertreiben.“

Es gibt keinen weniger schlimmen Extremismus

Nie dürfen Demokraten im Kampf gegen Extremisten zu antidemokratischen Mitteln greifen. Das verbietet uns unser Rechtsstaat. Wer Personen bedroht oder verletzt - wer Häuser oder Autos in Brand steckt begeht Straftaten. Und da gibt es keine weniger schlimmen Taten; das Gesetz ist für alle gleich.

Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass das „Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ danach handelt.“, so Kroll weiter.

Gegen Extremismus

CDU Neukölln:
Gegen Extremismus

Hartz IV: Arbeitspflicht? - Gerecht?



© Thorben Wengert / PIXELIO

Interview mit Stadtrat Michael Büge, CDU

Das Bundesverfassungsgericht hat am 20. Dezember 2007 entschieden, dass die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung durch die Bundesagentur und die Kommunen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende verfassungswidrig ist.

Der Politik wurde damit eine schwierige Aufgabe gestellt.

NRK:

Würden Sie die Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes als richtigen Weg in dem Zusammenhang bezeichnen?

Büge:

Ich bin persönlich ausgesprochen froh darüber, dass sich die Bundesregierung nach einem zugegebenermaßen längeren Diskussionsprozess dafür entschieden hat, einen Weg zur Grundgesetzänderung zu suchen. Denn unabhängig, wie man zu den einzelnen Punkten des SGB II im Volksmund Hartz IV genannt, steht, ist entscheidend, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin ihre Leistungen aus einer Hand bekommen.

-Welche konkreten Nachteile sehen Sie in der getrennten Zuständigkeit auf Basis einer freiwilligen Kooperation beider Behörden analog des Gesetzesentwurfes des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 25.01.2010?

Nach meiner Einschätzung scheint die getrennte Aufgabenverwaltung nicht mehr zu Debatte zu stehen. Hätten wir eine getrennte Aufgabenwahrnehmung selbst in der sogenannten kooperativen Form umsetzen müssen, wäre es erstens eine Belastung für die Menschen gewesen, denn sie hätten immer mind. mit

zwei Bescheiden und mehreren Anlaufpunkten zu tun gehabt. Und zum Zweiten hätten wir vermutlich innerhalb des Jobcenters ein Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten gehabt, was auch nicht positiv für die Leistungsträger wäre.

-Halten Sie Hartz IV für gerecht?

Die Frage zielt vermutlich auf die Höhe der Regelsätze ab. Dazu gab es vor wenigen Wochen ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hat in seinem Urteil nicht festgestellt, dass Ungerechtigkeiten existieren, sondern, dass das, was zur Zeit an die Betroffenen ausbezahlt wird, nicht auf vernünftigen Grundlagen berechnet worden ist. Da müssen wir ansetzen. Insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen. Ich bin guter Dinge, dass wir einen vernünftigen Weg finden, der materielle und immaterielle also auch gesellschaftliche Teilhabe insbesondere der jungen Menschen in Zukunft garantiert.

-Roland Koch möchte nach dem Vorbild der Niederlande die Arbeitspflicht einführen. Was sagen Sie dazu?

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass die gesetzlichen Vorschriften im SGB II genutzt werden. Das ist ein erster Schritt hin zu

Fördern und Fordern gegenüber den Menschen, die Leistungen aus Steuergeldern erhalten. Wenn wir dann feststellen sollten, dass immer noch ein signifikant hoher Anteil von Menschen sich der Gegenleistung verweigert, dann muss über weitere Schritte nachgedacht werden.

-Halten Sie öffentlich geförderte Arbeitsplätze für sinnvoll als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit?

Hartz IV Gegenwart und Zukunft unseres Sozialsystems

Ein Kommentar von Michael Büge

In den letzten Wochen wurde eine intensive Debatte über Gegenwart und Zukunft unseres Sozialsystems geführt. Am Anfang der Diskussion standen die politisch nicht korrekt formulierten Äußerungen des Bundesaußenministers, sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Höhe der Regelsätze für Kinder und Jugendliche. Auch wenn die Äußerungen des Außenministers in der Sache eher unproduktiv, weil nicht logisch durchdacht waren, haben die Äußerungen aber den Blick auf die Gruppe gerichtet, die die Mittel, die der Staat teilweise konzeptionslos und freimütig ausgibt, verdienen muss: die Mittelschicht. Bereits jetzt sind gut zwei Drittel des Bundeshaushaltes Sozialausgaben, das heißt wir geben zu Lasten der Leistungsträger unserer Gesellschaft weit mehr aus als für Bildung, Forschung, usw. also Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft.

Neben unseren Grundwerten finden sich die Regeln unserer Gesellschaft bekanntermaßen im Grundgesetz wieder. Das Grundgesetz formuliert seine Basis als Prinzip der Freiheit und der Eigenverantwortung der Menschen mit allen Chancen und Risiken, ergänzt um einen sozialstaatlichen Auftrag. Nicht der „totale“ Sozialstaat, sondern die soziale Demokratie ent-

Wir haben schon seit vielen Jahren öffentlich geförderte Arbeitsplätze, also einen zweiten und dritten Arbeitsmarkt, aber perspektivisch müssen wir dahin kommen, dass wir vom steuerfinanzierten Arbeitsmarkt wegkommen und Arbeit dort wahrgenommen wird, wo sie auch nachgefragt ist.

spricht dieser Rechtsordnung und sollte Grundlage zumindest der politisch Handelnden sein, die nicht dem sozialistischen Gesellschaftsmodell verpflichtet sind, sondern der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie.

Um so absurder mutete es deshalb an, dass gleichzeitig eine Debatte losging, ob die Regelsätze zu hoch oder zu niedrig seien. Das Bundesverfassungsgericht hat an keiner Stelle ausgeführt, dass die Regelsätze zu hoch oder zu niedrig seien, sondern verlangt, dass diese nachvollziehbar sind. Zudem wird regelmäßig vergessen, dass was ein Staat ausgibt auch verdient werden muss.

Es ist dringendst geboten, nicht wie auf einem Basar Regelsätze oder Einzelaspekte zu diskutieren. Eine verantwortungsvolle Politik für alle Menschen in diesem Land muss ein System anstreben, das jetzt und zukünftig leistbar ist. Dabei müssen Leistungsempfänger und Leistungszahler in der Diskussion berücksichtigt werden. Das System muss dem Lohnabstandsgebot Rechnung tragen, damit Leistung sich wieder lohnt. Generationengerechtigkeit und demographische Entwicklung, sowie die zukünftigen Belastungen unserer Kinder und Kindeskinde, sind dabei genauso zu berücksichtigen.

Bebauungsplan am Bergpfuhl: Einwohnerversammlung im Rathaus



Einwohnerversammlung im BVV-Saal zum B-Plan Bergpfuhl

Seit Jahren hat kein Bebauungsplan so sehr die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln (BVV) beschäftigt, wie der Bebauungsplan XVI-256-1 „Am Bergpfuhl“ im Ortsteil Britz.

Streit um Bebauungsplan

Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplans XIV-256-1 war die Realisierung eines Wohnungsbauvorhabens mit

Einfamilienhäusern in einem Bereich, welcher in der Vergangenheit als Gartenbaubetrieb genutzt und seit den 90er Jahren auf Grundlage eines Bebauungsplanverfahrens zu einem Wohngebiet entwickelt wurde. Der Investor, der die Einfamilienhäuser erbauen will, soll im Gegenzug eine Grünanlage herstellen und diese für die nächsten Jahre auch pflügen.

Rot-Rot setzt auch beim Rettungsdienst voll auf Risiko



Dr. Robbin Juhnke, MdB
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion Berlin,
Buckower Abgeordneter

Marode Straßen, kaputte Schulen, fehlende Konzepte bei Stadtentwicklung und Infrastruktur: den Menschen in Berlin wird von Rot-Rot viel zugemutet. So mancher hat resigniert und das Vertrauen in die öffentliche Daseinsvorsorge aufgegeben.

Brennende Autos

In Fragen der öffentlichen Sicherheit ist der Wowereit-Senat unfähig, eine mehrjährige Autobrandserie zu stoppen. Im Moment dürfen wir den Witterungsverhältnissen danken, die für einen kleinen Aufschub gesorgt haben. Alte Leute - aber auch viele jüngere Frauen - trauen sich vermehrt nicht mehr mit Bus und Bahn, weil sie Angst haben, von pubertären Idioten - sehr häufig mit Migrationshintergrund - angepöbeln und belästigt zu werden. Viele nehmen das nur noch stillschweigend zur Kenntnis.

Doch es gibt Dinge, die sind für die öffentliche Daseinsvorsorge noch existenzieller, als es vielleicht der Minutentakt bei der S-Bahn oder die Schlaglöcher auf der Straße sind. Es gibt Dinge, auf die kann niemand verzichten, egal ob jung oder alt, ob Autofahrer oder nicht:

Einwohnerversammlung mit ca. 150 Betroffenen

In einem Marathon von mehreren Ausschusssitzungen sowie einer Einwohnerversammlung, an der rund 150 betroffene Anwohner teilnahmen, hat sich die CDU-Fraktion eine Meinung über diesen Bebauungsplan sowie über die Sorgen, Ängste und Bedenken der Anwohner bilden können.

Die CDU-Fraktion hat es sich jedoch bei der Entscheidungsfindung über den Bebauungsplan nicht einfach gemacht und hat das Für und Wider genauestens abgewogen.

Pro und Contra

Das Für bedeutete eine Bebauung von 0,35 ha sowie die Errichtung eines Parks, das Wider bedeutete die zwangsweise Errichtung eines Parks mit einer Umlage der Kosten auf die angrenzenden Anwohner (200m-Regel).

Die Interessen der Anwohner haben wir bei unserer Entscheidungsfindung sehr stark berücksichtigt, zumal uns noch vor der

BVV über 60 Emails und Briefe zugegangen sind, in welchen sich Bürger und Bürgerinnen klar positioniert haben.

CDU-Fraktion stimmt B-Plan zu

Letztendlich hat sich die CDU-Fraktion für die Durchsetzung des Bebauungsplans entschieden, da nur so eine drohende Umlage der Kosten abgewendet werden konnte.

Des Weiteren würden nicht nur die Anwohner, darunter auch auf große Gärtnereien, zur Kasse gebeten, auch der Bezirkshaushalt würde mit ca. 400.000,00 EUR geschröpft werden. Dieses Geld kann bei Weitem für sinnvollere Maßnahmen in unserem Bezirk ausgegeben werden.

Es ist also nicht immer einfach, Entscheidung zu treffen - die Bürgernähe zeigt jedoch, wie zielführend sie jedoch sein können. ■

Christina Schwarzer, CDU
Fraktionsvorsitzende Neukölln

Feuerwehr und Notfallrettung gehören zu den ganz wesentlichen Grundangeboten, die in einer Gemeinschaft funktionieren müssen!

Rotstift bei Rettungsdiensten

Seit Jahren wird unter Rot-Rot auch hier der Rotstift angelegt. Seit Jahren werden auch hier über Jahrzehnte gewachsene und bewährte Strukturen kaputtgespart. Die Folgen sind Überarbeitung, Überalterung und Demotivation bei den Mitarbeitern. Die Folge ist nicht nur, dass teures und dringend benötigtes Arbeitsgerät insbesondere in den Abend- und Nachstunden nutzlos herumsteht, weil keine Leute da sind. Die Folge ist vor allem eine eklatante Gefährdung der Notfallpatienten in ganz Berlin, die immer länger warten müssen! Dazu kommt die demographische Entwicklung. Die Menschen werden bekanntlich

immer älter. Damit geht aber auch eine weniger robuste Gesundheit einher. So hat sich die Anzahl der Einsätze der Feuerwehr seit 1990 weit mehr als verdoppelt.

Einsätze verdoppelt - Personal geschrumpft!

Das Personal ist im gleichen Zeitraum aber geschrumpft. Fachleute sprechen bei der aktuellen demographischen Entwicklung davon, dass man jährlich etwa fünf zusätzliche Rettungswagen in Dienst stellen müsste, um den steigenden Einsatzzahlen gerecht zu werden. Das passiert natürlich nicht einmal ansatzweise.

Dieser Zustand ist unhaltbar! Er ist einer Metropole wie Berlin absolut unwürdig! Gesellschaftlich gehört er zu den größten Mißständen, die sich dieser Senat in Berlin leistet! ■